

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**

**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT**

**Nr.: 5/05**

**MBI -Geschäftsstelle**

Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim

Tel. 0208 - 3899810

Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>



**Keine weiteren Entlassungen bei der MEG!  
MBI-Antrag dazu einstimmig beschlossen!**

In der Ratsitzung am 28. April stellten die MBI sinngemäß folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt beauftragt die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MEG (Mülheimer Entsorgungsgesellschaft: 51% Stadt/49% jetzt Remondis, davor RWE, davor Trienekens), sich dafür einzusetzen, dass keine weiteren Entlassungen bei den notwendigen Sanierungsmaßnahmen der MEG vorgenommen werden.

Die Abstimmung verlief folgendermaßen:

Für den Antrag stimmten 12 Ratsvertreter (MBI, Grüne, WIR) Dagegen stimmte keine/r und es enthielt sich u. E. auch keine/r, als die OB dies ebenfalls abfragte.

Damit ist der Antrag einstimmig so beschlossen. Als die OB noch in der Sitzung darauf aufmerksam gemacht wurde, ließ sie die Abstimmung nicht wiederholen und sagte, sie gehe davon aus, dass der Antrag abgelehnt sei.

**Doch es hat niemand gegen den Antrag gestimmt, also ist dem nicht so, wie die OB meint, und die Verwaltung hat den Beschluss umzusetzen. In den laufenden Verhandlungen mit Remondis über ein Sanierungskonzept für die MEG muss also der Mehrheits-gesellschafter Stadt dafür sorgen, dass weitere Entlassungen ausgeschlossen werden.**

Die MBI haben deshalb Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld aufgefordert, umgehend zu bestätigen, dass die Stadt dies auch tun wird. Bis heute hat sie noch nicht geantwortet!

Es gibt viele mögliche Maßnahmen, um das monatliche Defizit der MEG zu reduzieren und möglichst auf Null zu kommen, insbesondere im Zusammenhang mit der Vergärungsanlage. Durch den Ratsbeschluss kommen aber z.B. Maßnahmen wie Auslagerung von Teilaufgaben der MEG nicht mehr in Frage.

## Die MEG-Mitarbeiter sind kein Spielball

Bei der Privatisierung des Müllbereichs mit der skandalumwitterten Firma Trienekens im Herbst 2000 wurde die Rückkehrgarantie bis 2010 immer wieder betont, u.a. vom damaligen Betriebsratsvorsitzenden und heutigen MdB Anton Schaaf. Auch bei der Diskussion um den Bürgerentscheid Anfang 2005 wurde die Rückkehrgarantie bei teilprivatisierten Betrieben wie der MEG mehrmals als Argument für Privatisierung verwandt.

## Der Personalüberleitungstarifvertrag aus 2000 zwischen Stadt, MEG und Ver.di ist aus MBI-Sicht in diesem Punkt eindeutig, alleine wegen Vertrauensschutz.

Wenn nun die Stadtspitze mit juristischen Spitzfindigkeiten dies aushebeln will, wird sie sich gerichtlich eine blutige Nase holen. Schlimmer aber ist der Umgang mit den Menschen bei der MEG. Sie müssen sich vorkommen wie Spielbälle. Deshalb erwarten die MBI eine umgehende Klar- und Richtigstellung der Aussagen von „Stadtkanzler“ Ernst auch durch Anton Schaaf! **Es geht auch um Vertrauensschutz und Glaubwürdigkeit weit über die MEG hinaus! Zumindest die Beschäftigten aller in Mülheim (teil-) privatisierten Betriebe müssten nämlich befürchten, dass Rückkehr- und andere Rechte, deren man/frau sich aus den Überleitungsverträgen bei Gründung der Gesellschaften sicher war, just im Anwendungs- und Ernstfall nicht mehr gelten könnten!**



### WEITERER INHALT

- *Bebauungsplanorgien: "Schöner Wohnen auf Giftmüll?" trotz Gagfah etc. ..S.2*
- *Pöstchenhuberei .....S.2*
- *Neues aus der Altstadt: "Daggi und Horst auf Glatteis?" .....S.3*
- *Hände weg vom Rumbachtal: "Eiertänze" um eine Wiese .....S.3*
- *Offener Brief der MEG-Vertrauensleute: "..wie in einer Runde Monopoly" ..S.4*

## Man glaubt es kaum: Bei schrumpfender Bevölkerung immer neue Bebauungspläne ! Jüngstes Beispiel: Schöner Wohnen auf Giftmüll ?

Das ehemals gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen Gagfah (im letzten Sommer für 2,1 Mio Euro an den US-Investor Fortress verkauft), will an der Scheffelstr. (ehemals Fa. Ruhrtaler) und in der Broicher Mitte nicht mehr bauen. Sie hätten sich vom Wohnungsverwaltungsunternehmen zum Wohnungshandelsunternehmen verändert, erzählt der Gagfah-Chef. Ob ein anderes Unternehmen nun in Broich-Mitte weiterbaut und ob im Dichterviertel doch noch wenigstens die Seniorenresidenz verwirklicht wird, bleibt ungewiss. Dort war ja bereits die Wohnbebauung für die jungen Familien, wie sie in 2000 in einem Bebauungsplan nur gegen die MBI-Stimmen beschlossen wurde, gescheitert (u.a. mangels Nachfrage). Danach wurde in 2003 - ohne B-Plan-Änderung! - der Gagfah eine sehr massive Planänderung mit der Errichtung von Seniorenresidenz für 97 Pflegeplätze und 97 weiteren Mietwohnungen zugestanden. Und nun? Hoffen und warten auf Godot?! Gleichzeitig soll auf der anderen Seite der Bruchstr. der Bebauungsplan Kuhlenstr./Kreuzstr. (die ehemalige sog. "Sonnen"siedlung mit Solaranlagen) für junge Familien, noch in diesem Jahr baureif gemacht werden, obwohl weite Teile der ehemaligen Ziegelei Rauen hochgradig verseucht sind. Im Planungsausschuss am 26. April wurde - einzig gegen die MBI-Stimme - der Auslegungsbeschluss dennoch gefasst. Wenige hundert Meter weiter gammeln an der Aktienstraße/ Kreuzung Mellinghofer Straße etliche, für Wohnungen gedachte Gebäude des Pleitier Zorn seit Jahren leer und unfertig vor sich hin.



*Auf dem Ruhrtaler-Gelände Scheffelstraße hätte man im Übrigen besser Gewerbeansiedlung betreiben sollen. Das z.T. verseuchte, aber auch bewaldete Freigelände der „Sonnensiedlung“ zwischen Kuhlenstr., Elisabeth-Selbert-Str. und Winkhauser Weg sollte als Frischluftschneise erhalten bleiben und die Altlastenverdachtsflächen endlich abgesichert werden!*

## Auch sonst nichts Neues aus Mülheim? Pöstchenhuberei und fehlender Wille zum Sparen und zur überfälligen Verwaltungsreform!

Die Neubesetzung des Amtsleiterpostens im Sozialamt ist eine unnötige Verschwendung von Steuergeldern und eine vertane Chance.

Vor 2002 war der heutige Ordnungsamtsleiter der Leiter des Rechtsamts und die heutige Rechtsamtsleiterin Leiterin des Sozialamts. Die Zusammenlegung von Rechts- und Ordnungsamt wurde in 2001 von allen als sinnvoll angesehen und im zuständigen Hauptausschuss auch so beschlossen mit nur einer Gegenstimme des damaligen OB Dr. Baganz. Nach dem bedauerlichen Tod des Sozialamtsleiters könnte und sollte nun der Beschluss aus 2001 auch umgesetzt werden. So hätte die Stadt mindestens eine Amtsleiterstelle gespart, ohne jemandem weh zu tun

und ohne Qualitätsverlust oder irgendwelche erkennbaren Schwierigkeiten.

Die MBI hatten deshalb die Bezirksregierung Düsseldorf (RP) aufgefordert, die Angelegenheit im Rahmen seiner Finanzaufsicht zu prüfen und das Ausschreibungsverfahren für die vakante Sozialamtsleiterstelle anzuhalten. Nachdem der RP aber unverständlicherweise wieder alle Augen zudrückte, folgten dann SPD, CDU, FDP und Grüne der Verwaltung und stimmten für die Neubesetzung der Amtsleiterstelle. Mölm'sche Spar- und Personalpolitik: **Unten die Arbeit verdichten und oben die Pöstchen vermehren!?**

### Dies und das

Mölm'sche Demokratie, nächster Versuch: Der undemokratisch zusammengesetzte Hauptausschuss sollte selbst den Rat der Stadt bevormunden und gängeln können. Doch die "Strategen" mussten die ungesetzliche Satzungsänderung nach MBI-Widerspruch wieder zurücknehmen!

MBI-Internetseiten feierten 5. Geburtstag: 4 Mio. Zugriffe bisher, die letzte Mio. in nur 7 Monaten, bei einem sensationellen Schnitt von über 36.000 Zugriffen pro Woche bisher in 2005!

Im November auf MBI-Antrag hin beschlossen: Bürgerversammlung zu "Verkehrsberuhigung und Gestaltung für Klöttschen und Heißener Straße" nun am Dienstag, dem 24. Mai, um 19 Uhr in der Aula der Hauptschule Bruchstraße

An verschiedenen Straßen Mülheims werden z.Zeit die Kanäle saniert und erneuert - mit den zugehörigen Straßensperrungen und Umleitungen. Deshalb fordern die MBI die baldige Vorlage eines Kanalbauprogramms, das mit Stadtplanern und Tiefbauamt so koordiniert wird, dass es weder zu verkehrlichen Engpässen kommt, noch, dass die gleichen Straßen innerhalb weniger Jahre mehrfach gesperrt oder teilgesperrt werden.

Der neue SPD-Chef Esser (MWB-Geschäftsführer) will laut WAZ die "skeptischen Wähler" zurückholen und kündigte eine "härtere Gangart gegen MBI und WIR" an. Was meint er wohl damit, wenn die SPD seit den Wahlen bereits jegliche Gespräche verweigert? Esser trat wegen des Bürgerentscheids aus ver.di aus und in die IG-Metall(!) ein, deren wichtigste Aufgabe sicher im Wohnungsgewerbe des MWB-Chefs zu finden ist, oder?



## Die Altstadt in den Mittelpunkt! Aber nicht nach Gutsherrenart!

**Peinlich, peinlich: Wie Horst und Daggi sich gegenseitig aufs Glatteis führten und ausrutschten bei der Frage, wer bei wem Mitglied sein darf und muss!**

Ex-SWB-/GSE-/und Muga-Chef van Emmerich und sein Kölner Gutachter Prof. Kister stellten kurz vor den Kommunalwahlen medien-trächtig ein weitreichendes Programm für die Altstadt vor: Von

Verlegung des Jobs-Brunnen, über die (vom Mülheimer L. Matthes „entliehenen“ Vorschläge) zur Platzgestaltung zwischen den Kirchen, über Abriss und Neubau etlicher Gebäude, Containerstandorten, Laternen und Pavillons an der Petrikirche, bis hin zu einer besseren Anbin-dung des Kirchenhügels an Leineweber- und Schlossstr. durch Aufwertung des Parkplatzes Bachstr./Kohlen-kamp usw., usf.. All das wurde von der Oberbürgermeisterin und den Ruhrbania-Parteien in höchsten Tönen gelobt, sah es doch so aus, als würden die Ruhrbania-Pläne Alt- und Innenstadt doch nicht benachteiligen!

**Auf der Bürgerversammlung im evangelischen Krankenhaus wurden aber z.B. die angedachten Pavil-lons an der Petri-Kirche von den meisten Bürgern deutlich abgelehnt! Noch deutlicher abgelehnt wurde der Stil van Emmerichs, der fragende oder kritisierende MitbürgerInnen von oben herab abkanzelte, ganz so als seien wir noch in der "guten altenZeit" mit absoluter SPD-Mehrheit und ihm als Macher mittendrin.**

Am 29. April, dieses Mal kurz vor den Landtagswahlen, gründete van Emmerich, wiederum medien-trächtig, den „Verein zur Förderung der Mülheimer Altstadt“. Das bringt die, ohne Beschluss im Vorgriff auf van Emmerichs Ideen, gefällte Linde am tristen Parkplatz Bachstr. nicht zurück und revidiert auch nicht den ebenso im Vorgriff getätigten Kahlschlag vor der Petrikirche.

Im Einladungsflyer für die Gründungsversammlung (erstellt und gedruckt von der Stadtochter MST) stand, dass Stadt und MST bereits Mitglied des zu gründenden van Emmerich-Vereins seien - Mitgliedsbeitrag jeweils 150 Euro. Die MBI-Nachfrage, wer das bestimmt habe, führte dazu, dass die OB, die voreilige und nicht beschlossene Mitgliedschaft noch schnell, einen Tag vor

Stadt und MST sind übrigens in keinem anderen vergleichbaren Bürgerverein Mitglied! Das macht auch wenig Sinn. Die Neutralität von Stadt und dem Veranstaltungsmanagement der MST wären so nämlich nicht gewahrt.

der Vereinsgründung im Rat beschließen lassen wollte. WAZ und Mülheimer Wochen veröffentlichten die deutliche MBI-Kritik dazu. So kam es, dass die OB kalte Füße bekam und ihren eigenen Antrag in der Ratsitzung, ohne Begründung, wieder zurückzog! Das aber erwähnten bei der Vereinsgründung weder van Emmerich, noch die OB. So wurde Dagmar Mühlenfeld als Person Mitglied, mehr nicht!

Die groß angekündigten Projekte des neuen und zusätzlichen Altstadtvereins sind dann zum Scheitern verurteilt, wenn im altbekannten van Emmerich-Schema vorgegangen wird, wie bei den Baum-fällungen- nämlich ohne Beschlüsse und über den Köpfen der Bevölkerung und Betroffenen hinweg.

**MBI beglückwünschen die Bürgerinitiative „Rumbachtal“ zu erstem Zwischenerfolg!**

**MBI-Akteneinsicht bestätigt: Schadensersatzansprüche gibt es nicht!**

**Hände weg vom Rumbachtal!**

**Die endgültige Entscheidung zur Rumbachtalwiese von Bauer Geldermann (CDU-Mitglied) wurde wegen angeblichem CDU-Beratungsbedarf verschoben, der RP erklärt keine Bebauung für schon beschlossen!**

Im Umweltausschuss waren CDU und FDP deutlich über-stimmt worden, woraufhin sich ex-CDU-Fraktionschef Brands zu der kühnen Behauptung verstieg, dies käme einer Enteignung gleich. Peinlich, peinlich ... Im folgen-den Rat am 28. April versuchte die CDU mit allen Mitteln zu verhindern, dass endgültig abgestimmt werde über die Einleitung des Verfahrens zur Aufhebung des Landschafts-schutzes, für die, zur Durchlüftung der Innenstadt wichti-gen, Wiese Im Look/Rumbachtal. Also meldete die CDU wieder Beratungsbedarf an. Worüber und wozu eigent-lich? Die SPD stimmte der Verschiebung zu, angeblich aus parlamentarischem Brauchtum, dass nämlich bei Beratungsbedarf .... (was übrigens bei Beratungsbedarf der MBI noch nie interessierte und auch nicht, als die CDU zum allerersten Ruhrbania-Beschluss Beratungs-bedarf angemeldet hatte!).

Genau dieses taktische Lavieren mit dem sog. Beratungs-bedarf läßt befürchten, die SPD könnte in der nächsten Beratungsfolge, im Juni, plötzlich ihre Meinung wieder än-dern - die Landtagswahlen sind ja dann vorbei!

Es bleibt zu hoffen, dass derartiges nicht geschieht. Der Schaden für das Stadtklima wäre im doppelten Sinne groß! Einstimmig beschloss der Rat Akteneinsicht für den MBI-Sprecher L. Reinhard in die Grundstückstauschverträge

zur Klärung der Frage von Entschädigungsansprü-chen, wie sie die CDU in den Raum gestellt hatte. **Die Akteneinsicht zeigte: Im Notarvertrag zum Grundstückstausch für den Bau des Wanderwegs im Rumbachtal steht auch, dass mündliche Neben- absprachen nicht getroffen wurden. Schadensersatzansprüche lassen sich daraus lo-gischerweise nicht herleiten.**

Der RP Düsseldorf schrieb Anfang Mai der Bürgerini-tiative, laut OB-Auskunft sei die Entscheidung gegen die Bebauungsmöglichkeit der Wiese im Rat am 28. 4. gefällt

w o r d e n !  
Wenn sich die SPD an s o l c h „zukunftswei-sende“ Aus-künfte der SPD-OB hält, wären die Ei-ertänze um diese Wiese



nach der Ratsitzung am 23. Juni endgültig beendet.

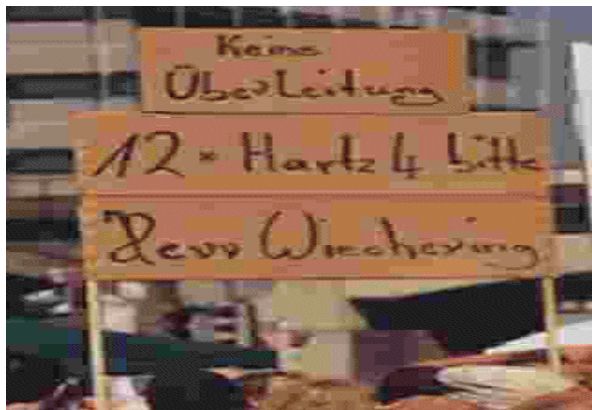


## Keine Sanierung der MEG auf dem Rücken der Beschäftigten!

Offener Brief der Ver.d i- Vertrauensleute bei der MEG an den Rat der Stadt

**Sehr geehrte Damen und Herrn Stadtverordnete, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin.**

Wir wenden uns an Sie stellvertretend für die Beschäftigten der Mülheimer Entsorgungsgesellschaft MEG und deren Familien.



Sie alle hier tragen eine hohe Verantwortung, denn ihre Entscheidungen haben weitreichende Folgen. Wir können uns noch gut an den Tag erinnern, an dem wir oben in der Zuschauerloge saßen und viele der heutigen Mandatsträger eine dieser Entscheidungen mit weitreichenden Folgen trafen. Es war der Tag, an dem die Mehrheit des Rates die Überleitung der damaligen Entsorgungsbetriebe in eine GmbH unter privater Beteiligung beschloss und das trotz der Proteste der Beschäftigten und eines Großteil der Bevölkerung. Was bewirkte diese Entscheidung? Wenn wir jetzt lediglich sagen würden, dass diese Entscheidung zu 9 Millionen Euro Schulden führte, wäre das alleine schon schlimm genug. Aber wie wir anfangs schon erwähnten, sind Ihre Entscheidungen viel weitreichender.

**Diese Entscheidung bewirkte, dass nun mehr als 10 % der Beschäftigten bei der MEG ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Sie bewirkte, dass deren Familien, Frauen und Kinder ihren ohnehin schon bescheidenen Lebensstandard verlieren werden. Wie konnte es dazu kommen?**

Es kam unter anderem dazu, weil man offenbar glaubte private Investoren, wie damals Helmut Trienekens, fühlten sich dem Allgemeinwohl verpflichtet und würden alles besser machen können. Sie alle gingen, wie wir inzwischen wissen, einem Mann auf den Leim, der ein Imperium zum Schaden der Bürger mit Hilfe von Bestechung und Korruption aufgebaut hat. Auch Herr Baganz, dessen private Verstrickungen mit einer Anwältin, deren Kanzlei die Gutachten zur Privatisierung empfahl, zumindest als anrühlich bezeichnet werden darf, hat durch sein Handeln großen Schaden verursacht.

Die nachfolgenden Gesellschafter hatten keine große Lust, das inzwischen abzusehende Desaster zu beheben. **Ein Desaster, das viele von ihnen, die ja auch im MEG – Aufsichtsrat vertreten sind, mitzuverantworten haben.**

- Wer traf die Entscheidung, sich im neu gegründeten Technopark anzusiedeln, um Platz zu schaffen für noch ein Einkaufszentrum auf der grünen Wiese, trotz wiederholter Klagen über die leere Innenstadt?
- Wer wollte unbedingt eine Vergärungsanlage bauen lassen, für die es in der Form und Größe in Mülheim gar keinen Bedarf gibt und die einen großen Teil des Defizits verursacht?



- Wer schloss einen Mietvertrag über 25 Jahre für die Gebäude der neuen MEG ab, deren Kosten sich auf monatlich rund 80 000 Euro belaufen?

Die Mitarbeiter waren es sicherlich nicht.

**Frau Oberbürgermeisterin, sie sagten vor dem Bürgerentscheid, es habe keine "echten" Privatisierungen gegeben und alle übergeleiteten Beschäftigten hätten laut den abgeschlossenen Verträgen "Bestandsschutz". Mehr verlangen wir gar nicht, nur den Schutz unseres "Bestandes", den Erhalt unserer Einkommensquelle für uns und unsere Kinder.**



Wir haben den Eindruck, dass über uns entschieden wird wie in einer Runde Monopoly!  
Aber, dies ist kein Spiel

Sie alle tragen eine große Verantwortung. Nehmen Sie diese wahr und retten Sie unsere Arbeitsplätze. Das fordern wir als Mitarbeiter und Kunden der MEG, als Bürger dieser Stadt und als Wähler.

**MBI - Geschäftsstelle**

Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim a. d. Ruhr  
Tel. 0208 - 3899810 Fax 0208 - 3899811